

Hallesche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Neueste Zeitung“ erscheint an jedem Dienstag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 2,00 Reichsmark, durch Fernschreiben ohne Belegkarte 1,00 Reichsmark, durch die Post 1,20 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Gehalt der Anzeigen-Annahmen: Zeilen über vierzeilig. Die Anzeigen werden nach Reihenfolge besetzt, die Zeile 0,25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drachmedungen und Radiotelegramme.
Am Reichstag wurde der Auswahlantrag angenommen, wonach die 100prozentige Friebsensmiete erst am 1. Juli eintreten soll.

Am Rechtsauschuss des Reichstags gelangte ein sozialdemokratischer Antrag zur Annahme, der an Stelle des alten Abtreibungsparagrafen § 8, den neuen Strafgesetzbuch, Abtreibungsparagrafen 228 schon in Wirklichkeit bringen will. Danach soll an Stelle der Justizstrafe Gefängnis treten.

Die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtages forderte in einem Entschließungsantrag zur zweiten Beratung des Etats des Innenministeriums, daß die Umorganisierung der Polizei nur unter ständiger und ausschlaggebender Mitwirkung des Landtags durchgeführt wird. Dabei soll auf eine völlige Entlohnung Bedacht genommen werden. (Statistik, damit das Volk nichts gegen die Kommunisten freigeht)

In Karlsruhe (Südwest) fand eine sozialdemokratische Protestversammlung gegen die deutsch-feindliche sächsische Sprachverordnung statt, nach deren Schluß die etwa 1000 Teilnehmer mit der Polizei zusammenstießen, wobei ein Polizist in die Luft geworfen wurde, 6 Personen wurden verletzt.

Nachdem die „Meraner Zeitung“ am 28. Februar nach mehr als wöchentlichem Verbot unter dem Zwang der Verhältnisse ihr Erscheinen eingestellt hat, ist gestern zum ersten Male die „Wochenzeitung“, ein deutsch geschrieben, aber italienisch orientiertes Blatt erschienen. Damit ist die letzte täglich erscheinende deutsche Zeitung in Südtirol verschwunden.

Der Arbeiter Josef Haupt, der angeblich mit seinem fünfjährigen Bruder Hubert nach der Schießplatz in Stöckheim (heutiges Gebiet) Rattenjagd machen wollte, wurde von einem in nächster Nähe befindlichen Soldaten erschossen. Die Leiche wurde von der französischen Militärbehörde beiseite genommen. Der jüngere Bruder wurde verhaftet. Der Jahreslohn erhielt sich ein kleiner Bestand an Geld ab. Auch damals wurde ein Stützpunkt Arbeiter von einem Francojanen erschossen.

Die Tagung der oberitalienischen Städte in Mailand protestierte gegen die sächsischen Maßnahmen gegen deutsche Zeitungen und deutsche Angehörige in den Hotels und Gasthäusern. Es wurde mitgeteilt, daß infolge der sächsischen Demonstrationshandlungen seit 14 Tagen ein Rückgang der Zahl der Fremden aus Deutschland und Desterreich eingetreten ist, für die einzelne Städte, wie Chemnitz, zu 35 Prozent. Den Herren Reichstagen wird nämlich vor ihrer Schließung tiefst bangt!

Das Pariser „Journal Officielle“ veröffentlicht ein Dekret, wonach die Sommerzeit in der Nacht vom 17. auf den 16. April eintritt und die normale Zeit am 2. Oktober wieder hergestellt wird.

Der Mailänder „Corriere della Sera“ meldet, daß in Sizilien jetzt wegen der Zusammenstöße zwischen Nationalisten und englischen Offizieren Kämpfe stattfinden. Die Polizei hat ein Einzelverbot für Kommunisten erlassen, da eine erhebliche Anzahl von Sowjetisten in Neapel waren. Dem gleichen Blatte zufolge kontrollieren englische Landstreife die Waffen- und Munitionslieferungen in den Hafen von Alexandria.

Die Londoner „Morning Post“ meldet: Montag früh hat eine neue Besetzung von Damaskus eingeleitet. Es werden Hunderte von Toten und Verletzten gemeldet.

Neuer Bericht aus Beirut: Damaskus ist vollkommen von einem Dschihadisten umgeben. Die französische Armee befindet sich in einer Abzweigung von Kuffaridien bei Hadra. Auffälligste Überbrachten den Verkehr auf der Seilbahn zwischen Koswa und Damaskus und beschließen den Zug.

In Rio de Janeiro wurde zum Präsidenten der Republik Brasilien Washington Luiz, und zum Vizepräsidenten Melo Viana gewählt. Beide waren Kandidaten der konservativen Partei.

Der Pariser „Herald“ meldet aus Washington: Der Senat nahm einstimmig eine Resolution an, die den Präsidenten ersucht, die Schuldverträge mit den europäischen Mächten innerhalb dieses Jahres zu regeln und dem Kongress in seiner Dezemberberatung die Verträge vorzulegen.

Wollen gerade Sie sich in die Volkswirtschaftliche für die Friktektionen eintragen? Überlassen Sie das den Kommunisten (von denen viele sich schon hüten werden, ihren Namen dafür herzugeben, denn sie wissen die Unmöglichkeit, weil man „nie wissen kann“), sondern ist zur Eintragung verpflichtet.

Dr. Luther bleibt fest!

Gege Erweiterung des Völkerbundesrates.

Reichspräsident Dr. Luther weist gestern in Hamburg und hielt dort eine große Rede über die Locarno-Politik. Er rühmte als ihr Ergebnis die Räumung Kölns — wobei er allerdings nicht auf die gestern berichtigte ungewisse Erklärung, Brlands einging, daß die Räumung für Frankreich ungewisslich gewesen sei, weil es sonst keine Kräfte in Marokko und Spanien nicht hätte führen können. Dann führte er aus:

Für uns war es bei allen Erweiterungen über den Eintritt Deutschlands ganz selbstverständlich, daß vor unserem Eintritt in den Völkerbund irgendwelche bedeutungsvollen Veränderungen innerhalb des Völkerbundes nicht mehr vorgenommen werden könnten. Ebenfalls selbstverständlich war, daß der Eintritt Deutschlands nur erfolgen kann, wenn wir einen ständigen Sitz im Völkerbundrat erhalten. Dies ist von allen beteiligten Regierungen anerkannt worden.

Mit diesem Stand der Dinge ist es unvereinbar, wenn die Einräumung des ständigen Sitzes an Deutschland mit einer weiteren Veränderung in der Zusammensetzung des Rates verbunden würde. Aber auf Grund bestimmter Absichten seine Aufnahme in eine Organisation bestragt, darf erwarten, diese Organisation bei seinem Eintritt in unänderlicher Gestalt vorzuliegen.

Es ist neuerdings gesagt worden, daß die Erweiterung des Rates ein läßt in Aussicht genommener Plan ist, zu dessen Verwirklichung der deutsche Antrag jetzt die passende Gelegenheit bietet.

Hindenburg in Leipzig.

Der Reichspräsident und seine Begleitung trafen gestern vormittag in Leipzig ein und wurden am Hauptbahnhof vom sächsischen Ministerpräsidenten Hecht, Oberbürgermeister Dr. Nothke nicht geringe empfangen. Unter den begeisterten Kundgebungen der weitläufigsten Menge schritt Hindenburg die Front der Ehrenkompanie ab und fuhr dann zum Ausstellungsgelände. Ministerpräsident Hecht und Hecht begrüßte den Reichspräsidenten in einer Ansprache. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius dankte zugleich im Namen Hindenburgs und begrieß es, daß die Leipziger Messe in so schwerer Zeit von der unbegrenzten Kraft der deutschen Wirtschaft ein bebrotes Zeugnis ablegt.

Nach einem Rundgang durch die Technische Messe fuhr der Reichspräsident am Völkerrathenamt vorbei zum Reichsgericht, wo er vom Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simonis und der Richter- und Anwaltschaft des Reichsgerichts begrüßt wurde.

Hindenburg erwiderte:

„Gerechtigkeit ist Grundlage und Seele des Staates; je höher die Wogen politischer und wirtschaftlicher Kämpfe branden, um so feiler muß das Fundament eines unerschütterlichen Rechts gerichtet sein. Die unerbittlich von der Leidenschaft jener Kämpfe, niemand zuliebe, niemand zuweide, Recht und Gesetz wahr. Darum gilt es in unzerer von politischen Meinungskämpfen erfüllen Zeit mehr wie je, ein hochbedeutendes Richteramt zu erhalten und jede Anfechtung seiner Unabhängigkeit abzuschwehen.“

„Daß die Arbeit in Ihrem hohen und verantwortungsvollen Amt auch in Zukunft das Wohl unseres Volkes fördern möge, ist der Wunsch, mit dem ich heute Sie und darüber hinaus die gesamte deutsche Rechtspflege mit allen, die Sie dienen, grüße!“

In Anbald haben sich in der Dienstreue des Reichsgerichtspräsidenten ein Quäntchen statt. Gegen 9½ Uhr abends begab sich der Reichspräsident zum neuen Rathaus, das in feierlicher Beleuchtung strahlte. Im Innern erwartete ihn eine zahlreiche Festversammlung. Nachdem ihm der Reichspräsident

in das goldene Buch der Stadt Leipzig eingetragen

hatte, begann die erhebende Feier mit einem achtstimmigen Chor „Gloria patriae“, gefolgt von dem weltberühmten Symphoniker des Oberbürgermeisters Dr. Nothke erwiderte Hindenburg in einer Rede, in der er für den herzlichen Empfang dankte und u. a. ausführte:

„Um gute des Völkerrathenamts, dieses Wahrzeichens großer deutscher Begegnung, habe ich heute in den gewaltigen Hallen gewissermaßen eine Herrschaft deutscher Arbeit und deutschen Unternehmertums und damit ein Reichstagen erhellender, aufleuchtender Gegenwart, sowie ein Hoffnungsbild neuer deutscher Entwicklung herbeiführt. Schwer laßt die Wirtschaftskrise auf allen Teilen unseres Volkes. Willkommen zu arbeiten Menschen haben zu Neid und Groll werden. Wie erhaben Gewand in jeder deutsche Unternehmertum. Gerade in solcher

Wäre dem so, dann wäre doch wohl das Gemeine gemeine die deutsche Regierung bei den Verhandlungen des letzten Jahres hierauf zu verhandeln. Wir ist auch nicht bekannt, daß die jetzt erörterten Veränderungen jemals auf der Tagesordnung der Bundesversammlung über des Rates, j. B. im September oder Dezember 1925, gestanden hätten.

Wir haben von derartigen Wünschen erst Kenntnis erhalten durch die Presseberichte, die unmittelbar nach Ablegung unseres Völkerbundstranges eintrafen.

Solange Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist, ist es überhaupt noch nicht zuständig, eine Meinung über etwaige künftige Veränderungen zu äußern. Erst wenn Deutschland Mitglied des Rates ist und durch praktische Erfahrungen Einblick in den Völkerbundorganismus gefunden hat, kann es in begründeter Weise zu etwaigen Anträgen auf eine anderweitige Zusammenlegung oder Organisation des Rates Stellung nehmen, denn es muß daran festgehalten werden, daß es sich bei der Entscheidung über alle Veränderungen nicht um die Beziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten handeln sollte, sondern um die Organisation und das Wohlergehen des Völkerbundes als solchen.

Es ist für mich bei diesem Sachverhalt unklar, daß man es durch Ablegung eines Grundgesetzes in der Frage der Selbstenheit, kommen lassen könnte, daß die großen Ergebnisse der Politik des letzten Jahres zerstört werden.

Rot soll und wird die Leipziger Messe ihren Wert bewahren. Sie bietet Gelegenheit, das weitestgehende Vertrauen der Wirtschaft wieder zu stärken. Sie zeigt der Welt, daß Kraft und Willen der deutschen Wirtschaft unerschrocken sind.

Mit wirtschaftlicher Arbeit findet ihren letzten Sinn im Schönen an des Vaterland. Im wollen wir auch in dieser Stunde das Gelächter der Freue und der Liebe darbringen.

Hindenburg schloß mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland, in das die Versammelten begeistert einstimmten.

Gegen 12 Uhr verließ der Reichspräsident mit den Herren seiner Begleitung im Sonderzuge die Messestadt. Eine nach vielen Tausenden zählende Menge brachte ihm auf der Fahrt nach dem Bahnhof und vor der großen Bahnhofsallee begeisterte Kundgebungen dar.

Annahme der Locarno-Verträge in der französischen Kammer.

Gegen die Ratifizierung der Abkommen von Locarno haben gestimmt: 25 Kommunisten, 31 Mitglieder der republikanisch-demokratischen Vereinigung und 15 keine Partei angehörende Abgeordnete. Der Stimmzettel enthalten haben 46 Mitglieder der republikanisch-demokratischen Vereinigung, 9 der republikanisch-demokratischen Vereinigung, 1 keine Partei angehörende, 3 Antirepublikaner, 1 Radikaler, ein Kommunist und der Kammerpräsident Serret, der gemäßigt nicht an der Abstimmung teilnimmt. 21 Abgeordnete waren beurlaubt.

Die übrigen 413 Abgeordneten stimmten dafür.

Der polnische Landtag ratifizierte gestern die Locarnoverträge mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die tabuläre Bauernpartei, die Christlich-Nationalen und einen Teil der Winderheiten. Gleichzeitig nahm der Sejm mit den Stimmen aller politischen Parteien die Entscheidung an, die für Polen einen ständigen Sitz im Völkerbundrat verlangt.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Genf: Nicht nur Zugvölker, sondern auch Rumänien und Griechenland erhalten Ansprüche auf ständige Ratsitze. Rumänien verlangt diesen Ratsitz ausdrücklich für den Fall, daß Deutschland ständiges Mitglied des Rates wird. In Genf erwidert die immer noch neuen Ratsitzanmeldungen beginnende Ursache, da sie den glatten Verlauf der Völkertagung beeinträchtigen können.

Bei Stolz in London fanden Montag die Wahlen für Deutschlands 4. Polens Eintritt in den Rat in der Märztagung 201. — Man scheint in England nach all den deutschen „Umfluten“ keine sehr hohe Meinung von der Tüchtigkeit Luthers und Stresemanns zu haben. Hoffentlich läßt sich nicht nur Deutschen aus, sondern endlich einmal die Engländer.

„Monseigneur Chamberlain.“

(Von unserem Londoner Berichterstatter.)

Einem liberalen englischen Abendblatt, dem „Spectator“, gehört die Anerkennung die schlaue Charakteristik des britischen Außenministers in zwei Worten geprägt zu haben. „Monseigneur Chamberlain“, der Franzosenfreund. Ein Aukien hat keine gute Presse mehr. Zeitungen aller Parteien rühmen, die ihn nach wenigen Wochen als den großen Staatsmann profilet, der bestimmt war, der internationalen Politik neue Bahnen zu weisen, stellen auf einmal fest, daß er ein recht unbedeutendes Mitglied sogar des mittelmächtigen Kabinetts Baldwin ist. Kein Minister der neuen Kabinets, sondern ein Diplomat der alten Schule, der mit den verdrahtetsten Mitteln arbeitet und selbst diese falsch anwendet. „New Statesman“, ein Oppositionsblatt, hält ihn nach seinen letzten Reden zur Frage der Ratsitze als Außenminister für erledigt und schlägt vor, ihm denn er nicht ganz von der Bildfläche zu verschwinden vorziehe, das Amt des Generalpostmeisters zu übertragen, in dem er kein großes Ansehen antizipieren könne. Der rechtsstehende „Spectator“ verlangt, daß die Regierung ihn nicht mehr als Berater behalte, sondern ihm strikte Instruktionen mit auf den Weg gebe. Von verschiedenen Seiten wird sein Rücktritt gefordert.

Chamberlain hat keine Befürwortung der Kandidatur Polens für einen dauernden Ratsitz, der man, trotz seiner anfänglichen Reserve, für unmöglich gehalten hatte, jetzt offenzugeben und damit den Rest der Sympathien vertritt, die seine Landesteile ihm noch entgegenbrachten. Es ist schwer verständlich, wie er sich gegen die gesamte öffentliche Meinung und die Behauptung der Dominanten behaupten zu können glaubt. Gewiß, es hat früher gegeben, die sich durchdrungen von der Bedeutung einer großen Mission durch die Kritik der kompakten Majorität ihrer Zeitgenossen nicht betören ließen und entweder die Rollen selbständig mit sich selbst über die Gruppensolidität und Interessenskoalition hineintraut.

Man hat für Chamberlains Haltung in dieser Frage keine andere Erklärung als eine anstößige Frage Frankreichs über die eine bedeutungslose Abhängigkeit von Briand. Aber kann es das ganze einflussvolle Auftreten Chamberlains im Unterhaus gelegentlich der ersten Locarno-Debatte, in Locarno selbst und schließlich im „rothen Saal“ des Außenministeriums und der Festlegung der Theater gewesen! Man sieht nur einem phlegmatischen Kaiser. Chamberlain kann nach seiner ganzen politischen Vergangenheit weder als Trophäe noch als Intrigant eingeschätzt werden und doch dieses verhängnisvolle Spiel mit seinem Rat als flüchtiger Politiker und als Generalmajor spielen.

Man hätte noch Verständnis dafür, wenn er Völkerbund, Völkerbund und Deutschland Deutschland kein liebes und lieblich für England arbeitete. Aber er arbeitet nicht für England. England will nichts wissen von seiner Politik und wird nicht mehr, es ihm in die Ohren zu rufen, daß es nichts davon wissen will. In der Presse, im Parlament, im Kabinett selbst rät man von ihm ab. Und Chamberlain geht seinen Weg unbeeinträchtigt, nachdenklich, die diplomatische Methode auf Paris gerichtet. Möglich, daß er in Genf wieder zu sich kommt, daß dort der Geist von Locarno wieder in ihn fährt und aus der Marionette des Quai d'Orsay einen Menschen mit Bewegungsfreiheit und Eigenwillen macht. Aber der Kaiser, der ihm bereit anhaftet, läßt sich nicht mehr hängen. Das Vertrauen, das Chamberlain vor drei Monaten genos, die Autorität, die ihm eigen war, sind unüberwindlich dahin. Man wird ihm nicht um zweiten Male Kräfte wunden.

Oder ob doch nicht vielleicht die englische öffentliche Meinung, die tieferen Gründe Chamberlains verkennt, die in seiner triegerischen Einstellung gegen Rußland und an den Rändern des russischen Reiches, in Ostasien, in Kleinasien und bei Polen Frankreich zu sichern sein könnten?

In Verantwortung einer Anfrage im Unterhaus sagte Chamberlain: „Ich sehe nicht ein, wie der Völkerbund jemals zu einem Einernehmen gelangen soll, wenn eine Regierung die Politik, die sie zu verfolgen beschließt, im voraus bekannt macht.“

— Es ist aber unerwärt, wie ein Engländer im angeblich demokratischen England so undemokratisch, so launisch denken und wahren reden kann. Aber recht hat er: Außenpolitik kann nur undemokratisch, b. nicht nach der Mehrheit der Bevölkerung, sondern nach der Einsicht der Sachverständigen und Führer getrieben werden; freilich muß man dazu jahrelangjährige Führer haben.

Entsaufklärung der belgischen Behörden

Wie der Pariser „Journal Industrielle“ aus Brüssel berichtet, hat die belgische Regierung, die belgischen Eisenbahnen autonom zu gestalten und eine Eisenbahngesellschaft zu bilden in der belgischen Eisenbahnen einzuwickeln, während ein Ratsitz eines belgischen

